

## **Mit Ortenberg ablehnen**

Bürgerinitiative Gegenwind wünscht sich ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen gegen den Bau der geplanten Windräder

**SCHWICKARTSHAUSEN** (ten). Ein gemeinsames Vorgehen von Nidda und Ortenberg gegen den Bau von Windrädern oberhalb von Schwickartshausen und Lißberg wünscht sich die Bürgerinitiative Gegenwind. Ortenberg habe mit dem Hochwasserschutz ein sehr wichtiges Argument in die Diskussion gebracht, erklärt die BI in einer Pressemitteilung. Aber auch der Artenschutz und die Folgen für die Anwohner durch immer höhere Windräder sprächen gegen den Bau der Anlagen.

Nachdem bereits 2014 ein heftiges Hochwasser Schwickartshausen heimgesucht habe, sei der Ort Anfang dieses Jahres erneut überflutet worden. Keller seien vollgelaufen, in einem Gasthaussaal und einer Schreinerwerkstatt seien große Schäden entstanden, ein Feldweg zerstört worden. Die BI befürchtet, dass durch die Bodenversiegelung für die Fundamente der Windräder und die Bodenverdichtung für den erforderlichen Wegebau bei Starkregen zukünftig mehr Wasser noch schneller dem Laisbach und dem Hillersbach zufließen wird. Deshalb sei zu erwarten, dass „zukünftige Flutwellen“ in den Dörfern Schwickartshausen und Lißberg ein größeres Ausmaß mit entsprechend umfangreicheren Schäden erreichen werden als bisher.

„Für uns ist es von allerhöchster Bedeutung, dass in Nidda gehandelt wird, dass man in Nidda mit Ortenberg in dieser Thematik zusammenarbeitet und gemeinsam das in Ortenberg bereits von der Kommunalpolitik beschlossene Signal – nämlich die Beantragung der Streichung der Vorranggebiete – auf den Weg bringt“, fordert die BI in ihrer Pressemitteilung. Darin seien sich BI und der Ortsbeirat mit Ortsvorsteherin Doris Kuhl einig. Gerade auch die Hochwasserkatastrophe der vergangenen Tage habe gezeigt, dass der Schutz der Bürger bei den Entscheidungen der Kommunalpolitik höchste Priorität haben sollte.

Sprecher Harald Aßmus verweist in der Pressemitteilung darauf, dass zukünftig in immer kürzeren Abständen mit solchen Starkregeneignissen zu rechnen sein werde. Deshalb müsse sowohl in den Kommunen als auch beim Regierungspräsidium (RP) vorausschauend gehandelt werden. Dazu müsse auch die Topografie in die Betrachtung, ob der Bau von Windrädern genehmigt werde, einbezogen werden. „Wer heute dem großflächigen Roden von gesunden Bäumen zugunsten der Windindustrie auf Höhenzügen und Hanglagen in unmittelbarer Nähe von Dörfern zustimmt oder dies fordert, der muss sich morgen bei Hochwasserschäden mit all seinen Auswirkungen auf die Bürger und ihr Eigentum der Frage nach einer Mitverantwortung stellen“, mahnt die BI.

Deutliche Kritik übt die BI auch an dem Umgang der Genehmigungsbehörden mit dem Artenschutz. Durch den Bau von Windrädern entstehe für gefährdete Arten wie Rot- und Schwarzmilan sowie den Schwarzstorch ein deutlich erhöhtes Tötungsrisiko. Entsprechende Einwände seien durch Privatpersonen und einen Fachanwalt beim RP eingereicht, von der Behörde aber „regelrecht beiseitegewischt worden, um das Ziel der Landesregierung zur Ausweisung von zwei Prozent der Landesfläche für die Windkraft zu erreichen.“ Weitere Hinweise für eine Aufweichung

des Artenschutzes zugunsten der Windkraft sieht Aßmus in Meldungen des Hessischen Rundfunks, dass das Tötungsverbot überdacht werden solle.

Die BI betont, mit ihrer Kritik an den Vorrangflächen nicht gegen die Klimaschutzziele der Landesregierung zu sein. Sie fordere aber Verständnis für die Bürger ein, die sich um ihre Gesundheit und einen möglichen Wertverlust ihrer Grundstücke und Häuser sorgten. Im Gegensatz zu den Betreibern der Windräder hätten sie keine Lobby. Das zeige sich auch daran, dass der Mindestabstand der Anlagen von 1000 Metern zur Bebauung gleich geblieben sei, obwohl die Windräder von früher 150 bis 200 Metern auf inzwischen 250 Meter Höhe gewachsen seien. Das Unternehmen, das nahe Schwickartshausen und Lißberg bauen will, stelle sogar noch höhere Anlagen in Aussicht.

„Energiewende ja, mit Sinn und Verstand und nicht zulasten der Bürger und des Natur- und Artenschutzes“, stellt Aßmus abschließend fest. „Wir werden weiter um den Erhalt unseres Raumertswaldes kämpfen.“